

*Rede von Ulrich Mercker für das Bonner Friedensbündnis auf der Bonner Kundgebung am 22. Februar 2005 anlässlich des Besuchs des US-Präsidenten George W. Bush in Deutschland*

„Not welcome, Mr. Bush!“

Natürlich gibt es wichtigeres als dem Besuch eines ungebetenen Gastes irgendwelche Aufmerksamkeit zu schenken. Aber schließlich hielten wir es doch für angebracht, auch in der UNO-Stadt Bonn ein paar Worte über diesen Besuch zu verlieren.

Seit Wochen fiebert die Friedensbewegung dem Moment entgegen, in dem der gefährlichste Kriegsverbrecher dieses Jahrhunderts den Boden des alten Europa betritt, um ihm lautstark und sichtbar zu verstehen zu geben: Sie sind nicht willkommen, Mr. Bush! Seit vorgestern nun ist es so weit. Die drei Stationen seines Besuchs – Brüssel, Mainz, Bratislava – befinden sich im Ausnahmezustand. Ganze Stadtgebiete sind abgeriegelt, Heerscharen von Polizisten und Geheimdienstlern durchkämmen die Umgebung der Besuchsorte, suchen mit Hundestaffeln nach evtl. Sprengstoffverstecken, versiegeln die Kanaldeckel und Mülltonnen, montieren freistehende Briefkästen ab und legen das Mobilfunknetz in den betroffenen Regionen lahm.

Die Innenstadt von Mainz, in der noch vor 14 Tagen ausgelassen gesungen und gelacht wurde, wird morgen – bis auf die hoffentlich zahlreich angereisten Bush-Kriegsgegner – einer Friedhofsstadt gleichen. Zahlreiche Geschäfte und Banken werden geschlossen sein, die Umgebung des Kurfürstlichen Schlosses, wo der Texaner mit seinem german friend Gerhard und dessen Frau Doris speisen wird, wird absolute Sperrzone sein – na ja, halt wie im Mittelalter. Der Rhein ist für die Schifffahrt gesperrt, und sogar die Produktion des Opelwerkes in Rüsselsheim wird für einen ganzen Tag ausgesetzt.

Eine groteske Sicherheitsorgie für einen Mann, der eigentlich sofort nach seiner Ankunft in Brüssel nach Den Haag vor den Internationalen Strafgerichtshof hätte expediert werden müssen, der für mehr als 100.000 getötete Irakerinnen und Iraker zur Rechenschaft gezogen werden muss, der eine komplette Stadt – Falludscha – in Trümmer hat bomben lassen, der von sich selbst gesagt hat, er könne nichts anderes sein als ein Kriegspräsident.

In seiner „Grundsatzrede“ über die transatlantischen Beziehungen verkündete er gestern, „keine Macht der Erde könne die Freundschaft seines Landes mit Europa trennen“ Das lässt aufhorchen bei einem, der sich allzu gerne als Vollstrecker eines himmlischen Willens zu erkennen gibt.

Europa und die USA seien die Garanten für Freiheit und Sicherheit auf der Welt. Um wessen Freiheit, um wessen Sicherheit geht es dabei? Um die grenzenlose Freiheit der Kapitalbesitzer, wo immer es opportun erscheint, Profit zu machen, und um die Sicherheit derer, die ihre Geschäfte verwalten, in Politik und Wirtschaft. Die Freiheit des Andersdenkenden stößt schnell an ihre Grenzen, wenn das Denken sich in Handeln übersetzt, die Sicherheit des Arbeitsplatzes endet da, wo seine Verwertung sich nicht mehr rechnet.

Weit davon entfernt, eine wirkliche Wertegemeinschaft zu sein, sind Europa und die USA aber in der Tat eine westliche Verwertungsgemeinschaft, die alles daran setzt, ihre kolonial, postkolonial und nun wieder neokolonial eroberten Privilegien gegenüber dem Rest der Welt mit Klauen und Zähnen zu verteidigen.

Verwertungsgemeinschaften tragen aber immer schon den Keim der Konkurrenz in sich. Und genau darum handelt es sich bei den gegenwärtigen Konsultationen auf höchster Ebene. Es geht darum auszuhandeln, wer welche Beutestücke aus dem erhofften Kuchen im Mittleren Osten und auf dem gigantischen asiatischen Markt erhalten soll, und wer wie viel in den Beutezug investieren wird. Nachdem die USA gemerkt haben, dass sie allein – pardon, ich vergaß den britischen Pudel – ein so aufwendiges Unternehmen nicht gestemmt kriegen, suchen sie die Unterstützung der umschmeichelten Partner im globalen Business.

Der Zeitpunkt für diese schamlose Charme-Offensive ist nicht schlecht gewählt. Die Bundesregierung steht wegen anhaltend hoher bzw. steigender Arbeitslosigkeit mit dem Rücken zur Wand und kann sich einen weiteren Affront gegenüber dem ungeliebten Großen Bruder kaum leisten. Die europäische Verfassung ist noch längst nicht unter Dach und Fach. Eine gemeinsame europäische Position in außenpolitischen Fragen mag in den Köpfen einiger Eurostrategen bereits existieren, im kruden politischen Alltagsgeschäft ist sie aber noch in weiter Ferne.

Auf der außenpolitischen Agenda der Gespräche stehen der Irak, der Israel-Palästina-Konflikt, der Iran und Syrien, lauter extrem heiße Eisen, die durch die Drohkulisse der USA immer wieder zum Glühen gebracht werden. Wie kann sich da ein deutscher Außenminister hinstellen und die Bedeutung einer engen transatlantischen Partnerschaft lobend hervorheben, wenn es gerade in diesen Fragen eigentlich nur erkennbaren Dissens gibt? Und nicht genug damit, er schiebt auch noch staatsmännisch hinterher: „Ich denke, das ist die Lektion, die wir auch aus der Irak-Krise ziehen können.“

Aus der anhaltenden Irak-Krise kann doch wohl nur eine Lektion gezogen werden: Dass man mit dieser US-Administration eben keine Partnerschaft eingehen kann, ihr Vorgehen schärfstens kritisieren muss, die Bestrafung begangener Verbrechen fordern muss und dem Präsidenten zu verstehen geben

muss, dass er mit seinem substanzlosen Geschwafel über Freiheit, Wohlstand und Sicherheit zwar seinen Soldaten Mut einflößen, aber doch nicht europäischen Parlamentariern imponieren kann.

Aus seinem Munde ein ausdrückliches Lob über „das deutsche Engagement“ in Afghanistan zu hören kommt einer Ohrfeige gleich, insbesondere wenn man weiß, dass er mit dem Ansinnen an Herrn Struck herangetreten ist, die Truppenkontingente von ISAF und „enduring freedom“ unter ein gemeinsames Oberkommando zu stellen. In Afghanistan, das zu 80% unter der Kontrolle von Warlords steht, wo die für das Frühjahr vorgesehenen Parlamentswahlen wegen der prekären Sicherheitslage ein weiteres Mal verschoben werden, herrscht alles andere als das Reich der Freiheit, das unser ungebetener Gast so gerne in den Mund nimmt.

Am Donnerstag, dem Tag der Zusammenkunft von Bush mit Putin in der Slowakei, bei der sich die beiden erneut ihrer gegenseitigen Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus versichern werden, an diesem Tag begeht die Stadt Bonn gemeinsam mit Care International und der UNO-Flüchtlingshilfe die Auftaktveranstaltung für eine Jahrespartnerschaft mit Afghanistan. „Bonner für Afghanistan“ lautet das Motto einer weiteren Spendenkampagne, an deren Ende jede/r Bonner Bürger/in im Durchschnitt einen Euro für den Wiederaufbau des zerstörten Landes gespendet haben soll.

So sehr eine solche Hilfsaktion zu begrüßen ist, so möchten wir doch den Bonnern zurufen:

Spenden ist gut – den Kriegstreibern und ihren Unterstützern ins Handwerk pfuschen ist besser!

Bonn, 22. Februar 2005